

Ä1 zu A1: Mut zur „Konsultative“: Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung

Antragsteller*innen Yasmin Hübel (KV Ansbach)

Von Zeile 6 bis 9:

und Verwaltungsebenen eine neue Form der Konsultationsverfahren verpflichtend vorangestellt wird: Hierzu sind zukünftig beratende Bürgerbeteiligungsverfahren, z.B. im Sinne zufallsrekrutierter Konsensuskonferenzen, gesetzlich verpflichtend für ~~alle~~ Infrastrukturentscheidungen und andere Projekte der Orts-, Regional- oder Landesentwicklung, die das Gemeinwohl wesentlich betreffen, anzuwenden.

Begründung

Der Änderungsantrag wurde gemeinschaftlich mit den Antragsteller*innen formuliert.

Unterstützer*innen

Herbert Sirois (KV Ansbach)

Ä2 zu A1: Mut zur „Konsultative“: Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung

Antragsteller*innen Yasmin Hübel (KV Ansbach)

Von Zeile 11 bis 15:

beratenden Bürgerbeteiligungsprozesse fordern Bündnis 90/Die Grünen, auf allen betroffenen ~~Hierarchieebenen~~ Politik- und Planungsebenen **unabhängige** und **zur Neutralität verpflichtete Koordinierungsstellen** für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ~~in Konsultativverfahren~~ einzurichten. Deren Aufgabe soll es sein, Leitlinien für eine konsultative Struktur in Gesetzen und Verordnungen sowie der

Begründung

Der Änderungsantrag wurde gemeinschaftlich mit den Antragsteller*innen formuliert.

Unterstützer*innen

Herbert Sirois (KV Ansbach)

Ä4 zu A6: Für Klimaschutz und Verkehrswende: Ausbau des Brenner-Nordzulaufs zügig voranbringen, Vorteile für die Region Rosenheim realisieren!

Antragsteller*innen Susanne Höpler (KV Ebersberg)

Von Zeile 23 bis 26:

- keine Planungen verfolgt, wie der Mehrverkehr auf der Schiene infolge des Brenner-Basistunnels jenseits des Planungsabschnitts Staatsgrenze-~~Grafiing hinaus weitergeführt werden soll (Knoten München, Rosenheim-Mühldorf, Rosenheim-Freilassing).~~Rosenheim-Grafiing Bahnhof in Richtung Knoten München bzw. von Rosenheim nach Mühldorf-Landshut-Regensburg weitergeführt werden soll und dass keine für alle Abschnitte des Brenner-Nordzulaufs konsistenten Prognosehorizonte und Prognosen zugrunde gelegt werden.

Begründung

Grundlage der Planung im Inntal Trimode Horizont 2050 Grundlage sonst BVWP 2030

Ä3 zu A6: Für Klimaschutz und Verkehrswende: Ausbau des Brenner-Nordzulaufs zügig voranbringen, Vorteile für die Region Rosenheim realisieren!

Antragsteller*innen Susanne Höpler (KV Ebersberg)

Von Zeile 59 bis 60 einfügen:

- besonders hohe Lärmschutzstandards wie im österreichischem Unterinntal oder am Oberrhein. Dabei fordern wir, dass dieser Lärmschutz an der Bestandsstrecke spätestens bis zur Inbetriebnahme von ETCS (European Control System)realisiert ist.

Begründung

Nach Einführung von ETCS wird der Verkehr auf den bereits stark lärmbelasteten Bestandsstrecken deutlich ansteigen.

Ä2 zu A6: Für Klimaschutz und Verkehrswende: Ausbau des Brenner-Nordzulaufs zügig voranbringen, Vorteile für die Region Rosenheim realisieren!

Antragsteller*innen Susanne Höpler (KV Ebersberg)

Von Zeile 41 bis 42 einfügen:

- Schienenverkehr. Dadurch erreichen wir eine deutliche Entlastung des Straßenverkehrs. Die beiden vorhandenen S-Bahn-Gleise zwischen Grafing und Trudering bleiben gemäß den Zusagen des BMVI aus dem Jahr 1994 dauerhaft ausschließlich S-Bahnen vorbehalten, um einen attraktiven Nahverkehr sicher zu gewährleisten.

Begründung

Die in der Trimode-Studie geschätzten Zugzahlen (für 2050) steigen übertragen auf den Raum Grafing-Bahnhof bis Trudering von dort derzeit 499 um bis zu 359 auf 858 Züge/S-Bahnen pro Tag.

Ä1 zu A6: Für Klimaschutz und Verkehrswende: Ausbau des Brenner-Nordzulaufs zügig voranbringen, Vorteile für die Region Rosenheim realisieren!

Antragsteller*innen Susanne Höpler (KV Ebersberg)

Von Zeile 76 bis 80:

zusätzlichen Bahnverkehr nach Fertigstellung des Brenner-Basistunnels aufzunehmen. ~~Dazu brauchen wir die notwendige Infrastruktur. Deshalb wollen wir den Ausbau der Schienenkapazitäten auf vier Gleise zügig realisieren. Dies entspricht dem gesetzlich festgestellten Bedarf und ist Grundlage des derzeitigen Raumordnungsverfahrens.~~ Deshalb wollen wir den Ausbau der Schienenkapazitäten koordiniert in allen Teilabschnitten auf der Grundlage von Langfristprognosen zügig realisieren. Durch einen abschnittswisen Ausbau darf die Attraktivität des Schienenpersonennahverkehrs zu keinem Zeitpunkt beeinträchtigt werden.

Ä1 zu A8: Inklusive digitale Organisationsstruktur

Antragsteller*innen Landesvorstand (dort beschlossen am:
08.07.2020)

Von Zeile 42 bis 44 einfügen:

- Zugang und faktische Möglichkeiten der Mitglieder bzgl. der Anwendung zusammengedacht werden. Es bedarf daher eines bundesweit umfassenden Konzepts für die Digitalisierung der Parteiarbeit von der Evaluierung bestehender

Ä2 zu A8: Inklusive digitale Organisationsstruktur

Antragsteller*innen Landesvorstand (dort beschlossen am:
08.07.2020)

Von Zeile 52 bis 54 einfügen:

- zuständigen Funktionsträger*innen, Gremien und Landesarbeitsgemeinschaften erfolgen. Wir setzen uns deswegen für eine vom Bundesvorstand koordinierte AG Digitales ein, die in zwei Jahren berichtet und Maßnahmen definiert. Auf einem LAG-Sprecher*innenrat sammeln wir Erfahrungen und Ideen für Maßnahmen in Bayern. Wir regen dazu an, sich intensiver mit der Frage zu beschäftigen, wie wir unsere innerparteilichen Regeln – wie beispielsweise

Ä3 zu A8: Inklusive digitale Organisationsstruktur

Antragsteller*innen Landesvorstand (dort beschlossen am:
08.07.2020)

Von Zeile 88 bis 91:

- Landesvorstand wird daher gebeten, sich in der Runde der Landesverbände für eine ~~Verbesserung der finanziellen~~ ausreichende finanzielle und personellen Ausstattung ~~der Parteistrukturen~~ für unsere digitale Infrastruktur einzusetzen, um die formulierten Ziele bei der Digitalisierung zu erreichen.

Ä1 zu I1: Ist Corona weiblich? Was Frauen in der Krise leisten und warum wir mehr wollen als Applaus

Antragsteller*innen Benedikt Clemens Mader (KV Erlangen-Stadt)

Von Zeile 96 bis 100:

- dem Ende des Zivildienstes und mit dem Bundesfreiwilligendienst entwickelt hat. Wie viele Menschen nehmen den Bundesfreiwilligendienst wahr? ~~Je nach Ergebnis kann ein Solidardienst (z.B. sechs Monate) für junge Menschen diskutiert werden.~~ Wie können hierfür stärkere Anreize geschaffen werden? Dabei ist für uns klar, dass der Bundesfreiwilligendienst nicht als Ersatz für qualifizierte

Begründung

Ich finde den Antrag sehr gelungen.

Die Lösung für die angesprochenen Probleme kann es allerdings niemals sein, Jugendliche, die darüber nicht mal mitentscheiden können, zu Zwangsarbeit zu verpflichten. Dies führt auch nicht zu einer Aufwertung der Berufe, da durch die vielen schlecht bezahlten Solidardienstleistenden das Lohndumping eher noch zunimmt.

Ein solcher Dienst muss freiwillig geschehen! Um mehr Leute hierfür zu begeistern, wären starke Anreize gut geeignet.

Unterstützer*innen

Victoria Broßart (KV Rosenheim), Dorothea Gaumnitz (KV Erlangen-Land), Christian-Ulrich Sauter (KV Erlangen-Stadt)

Ä2 zu I1: Ist Corona weiblich? Was Frauen in der Krise leisten und warum wir mehr wollen als Applaus

Antragsteller*innen Helga Stieglmeier (KV Erding), Eva
Lettenbauer (KV Donau-Ries)

Von Zeile 1 bis 4:

Die Corona-Krise lässt uns die Verhältnisse in unserem Land wie unter einem Brennglas sehen ~~und vieles spricht dafür, dass Corona „weiblich“ ist. Wir sollten dieses Zeitfenster nutzen, damit ‚systemrelevant‘ kein Lippenbekenntnis bleibt.~~ Die bereits bestehenden strukturellen und gesellschaftlichen Benachteiligungen für Frauen verschärfen sich nochmal und machen deutlich, dass es kein einfaches Weiter-So geben kann. Das Zeitfenster nach der Pandemie müssen wir nützen, um Veränderungen einzuleiten, damit „systemrelevant“ kein Lippenbekenntnis bleibt

Ä3 zu I1: Ist Corona weiblich? Was Frauen in der Krise leisten und warum wir mehr wollen als Applaus

Antragsteller*innen Helga Stieglmeier (KV Erding), Eva
Lettenbauer (KV Donau-Ries)

Von Zeile 21 bis 25:

~~Aber es gibt auch den entgegengesetzten Trend: Manche Familien berichten, dass die neue Klassifizierung eines traditionellen Frauenberufs (z.B. Kassiererin) auch Veränderungen in der Partnerschaft und im Familienleben gebracht hat. Partner*innen fanden sich in ungewohnter Rolle und mussten das Familienleben zuhause einige Wochen „hauptamtlich“ gestalten.~~

Gleichzeitig zeigte die Krise, dass auch eine andere Rollenverteilung funktioniert: Frauen in systemrelevanten Berufen waren nun die Ernährerinnen der Familie und die Männer haben die Care-Arbeit übernommen.

Ä4 zu I1: Ist Corona weiblich? Was Frauen in der Krise leisten und warum wir mehr wollen als Applaus

Antragsteller*innen Helga Stieglmeier (KV Erding), Eva
Lettenbauer (KV Donau-Ries)

Von Zeile 78 bis 79 einfügen:

- Landwirtschaft eingeflogen werden, aber Familien und insbesondere Frauen, deren Pflegekräfte nicht einreisen dürfen, alleingelassen werden. Dabei fordern wir natürlich eine angemessene Bezahlung für die Frauen, die diese Arbeit leisten

Ä5 zu I1: Ist Corona weiblich? Was Frauen in der Krise leisten und warum wir mehr wollen als Applaus

Antragsteller*innen Helga Stieglmeier (KV Erding), Eva
Lettenbauer (KV Donau-Ries)

Von Zeile 7 bis 9 einfügen:

müssen wir beginnen. Es hat sich gezeigt, dass in diesen Berufen mehrheitlich Frauen tätig sind: Das betrifft den Lebensmitteleinzelhandel, die Krankenhäuser, [die Pflegeeinrichtungen](#), Kindergärten oder Vorschulen. In einem durchschnittlichen deutschen Krankenhaus

Unterstützer*innen

Angelica Schieder (KV Landshut-Stadt)

Ä6 zu I1: Ist Corona weiblich? Was Frauen in der Krise leisten und warum wir mehr wollen als Applaus

Antragsteller*innen Helga Stieglmeier (KV Erding), Eva
Lettenbauer (KV Donau-Ries)

Von Zeile 13 bis 17:

~~Nicht nur im Beruf, auch zuhause~~Neben dem Beruf halten Frauen häufig auch den Haushalt zusammen. Oft fallen Eltern durch die Krisensituation in traditionelle Rollenmuster zurück. Frauen sind es dann, die sich um die Kinder kümmern, während die Schulen und Kitas und Horte geschlossen sind. Besonders betroffen von den Schließungen sind dabei Ein-Eltern-Familien. Extreme Belastungen entstehen für diese zusätzlich durch befristete

Ä7 zu I1: Ist Corona weiblich? Was Frauen in der Krise leisten und warum wir mehr wollen als Applaus

Antragsteller*innen Helga Stieglmeier (KV Erding), Eva
Lettenbauer (KV Donau-Ries)

Von Zeile 27 bis 28 einfügen:

Wichtig ist, dass wir jetzt Weichen dafür stellen, dass Frauen gestärkt werden und nicht als Verliererinnen aus der COVID19-Krise hervorgehen. Das ist keineswegs

Ä8 zu I1: Ist Corona weiblich? Was Frauen in der Krise leisten und warum wir mehr wollen als Applaus

Antragsteller*innen Helga Stieglmeier (KV Erding), Eva Lettenbauer (KV Donau-Ries)

Von Zeile 39 bis 41:

- Frauenstreik – ~~Nach~~Bleibt nach der Überwindung der akuten Corona-Notsituation rufen ein engagiertes Handeln für gleiche Chancen und Rechte für Frauen aus. wir ~~zu einem~~Maßnahmen wie einen landesweiten Streik nach dem Muster Spaniens auf und unterstützen sie. (Frauenstreik 2018 unter dem Motto „Wenn die Frauen streiken, steht die

Von Zeile 43 bis 44 einfügen:

- Sofortige Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro – gerade Frauen arbeiten zu zwei

Von Zeile 45 bis 58:

- Gleiches Geld für gleiche und gleichwertige Arbeit – Eine klare Neuordnung der Gehälter beispielsweise nach dem Modell des „Comparable Worth Index“ u.a. entwickelt von Ute Klammer (Universität Duisburg). Traditionelle Frauenberufe bzw. Berufe, in denen überwiegend Frauen arbeiten, werden in unserem gesellschaftlichen System schlechter bezahlt als ähnlich fordernde Berufe mit hohem Männeranteil. Jobs sollen demnach gemäß Verantwortung und nicht nach Image bezahlt werden. Menschen und das Knowhow in den Köpfen sind wichtiger als Produkte. ~~Das sollte das Motto des nächsten Equal Pay Days 2021 werden.~~
- Das Entgelttransparenzgesetz und die Begrenzung auf Unternehmen ab einer gewissen Größe hat sich als nicht zielführend herausgestellt, da eine Mehrheit der Frauen in kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigt sind, die unterhalb der Mindestbeschäftigtengrenze liegt. ~~Dieses~~Das Gesetz muss daher auch auf kleinere und mittlere Unternehmen erweitert werden. Wir fordern in diesem

Zusammenhang daher auch die proaktive Veröffentlichung von Durchschnittsgehältern eines Unternehmens und das Verbandsklagerecht für Gewerkschaften.

Von Zeile 68 bis 71:

- Wir müssen zudem die betriebliche Mitbestimmung ausbauen und an die Herausforderungen der Digitalisierung anpassen. Home-Office darf nicht zur Entgrenzung von Arbeit führen und die Mitsprache beim Datenschutz muss ebenso gestärkt wie in den Bereichen Arbeitsorganisation und präventiver Gesundheitsschutz. Deshalb gehört auch die Gleichstellung aller Geschlechter in Sachen Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den Katalog der Mitbestimmungsrechte.
- In der Pflegebranche geht es sowohl um das Gehalt als auch die Arbeitsbedingungen, ~~ein~~. Ein einmaliger Corona-Bonus reicht nicht, sondern die krisenbedingte Aufwertung muss langfristig beibehalten werden. Wir

Von Zeile 78 bis 81:

- Landwirtschaft eingeflogen werden, aber Familien und insbesondere Frauen, deren Pflegekräfte nicht einreisen dürfen, alleingelassen werden. Dabei fordern wir natürlich eine angemessene Bezahlung für die Frauen, die diese Arbeit leisten.
- Frauen, die Erziehungsleistung zu Hause verrichten müssen, möchten wir mit einem Corona-Elterngeld unterstützen. Wenn Betreuungseinrichtungen auf Grund der Pandemie geschlossen werden müssen und ein Elternteil – meist Frauen – zu Hause bleiben müssen, dann sollte dies sich zumindest nicht finanziell nachteilig auswirken. Deshalb muss die bisherige Entschädigungsregel des §56 im Infektionsschutzgesetz des Bundes weiterentwickelt werden.
- In den Bereichen ~~von~~ der Familien- und Jugend- sowie Eingliederungshilfe, Assistenzleistungen und existenzsichernden Diensten werden in erheblichem

Nach Zeile 84 einfügen:

- Das Thema Gewalt an Frauen muss gerade in der Krise ernst genommen werden. Fälle von häuslicher und sexualisierter Gewalt verschwinden nicht, sondern

verlagern sich eher ins Private. Fachberatungsstellen und Frauenhäuser können Betroffenen dort nicht helfen. Daher bedarf es zusätzlich zu Kampagnen und Hilferufnummern, Hilfestellen an Orten wie Supermärkten. Außerdem wollen wir die Finanzierung der Frauenhäuser und insbesondere ausreichend Personal langfristig sicherstellen. Bayern braucht zudem ein Gewaltschutzkonzept, das auch die Prävention stärker berücksichtigt. Zuletzt muss Frauen im Anschluss an das Frauenhaus eine berufliche und gesellschaftliche Perspektive eröffnet werden. Die Modelprojekte im Bereich Second Stage müssen nach Abschluss umgehend evaluiert werden und eine Folgefinanzierung über die Modellprojekte und -orte hinaus sichergestellt werden.

- Wir dürfen Frauen auch beim Thema Schwangerschaftsabbruch nicht alleine lassen. Die Grundversorgung in Bayern ist desolat und hat sich im Zuge der Pandemie noch weiter verschlechtert, da viele Ärzte auf Grund des fortgeschrittenen Alters zur Risikogruppe gehören. Wir müssen Frauen aber weiterhin unterstützen und die Anzahl der niedergelassenen Ärzt*innen, die einen Eingriff durchführen, in der Fläche verbessern. Dafür brauchen wir eine bessere Sensibilisierung für dieses Thema im Medizinstudium und bei der ärztlichen Weiterbildung. Das Prinzip „Mein Körper gehört mir“ muss uneingeschränkt gelten.

Von Zeile 102 bis 106:

- ~~Auch für Politiker*innen wird eine jährliche Praxiswoche in der Pflege, dem Krankenhaus, dem Handwerk oder der Landwirtschaft oder anderen systemrelevanten Bereichen empfohlen. Der Bayerische Landesverband der Grünen ruft seine Mandatsträger*innen aus Bund und Land zur konzertierten Praxiswoche auf.~~
- Politiker*innen rufen wir dazu auf intensiven Kontakt zu regionalen Einrichtungen von Pflegedienstleistungen, dem Krankenhaus, dem Handwerk oder der Landwirtschaft und oder anderen systemrelevanten Bereichen zu halten und Praxis empfohlen.